



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

P/VIII/135 - 13.6.53

Hinweise
auf den Inhalt:

Neue Anschläge auf die Länder	S. 1
Änderung der sowjetrussischen Österreichpolitik	S. 3
Das amtliche "Bulletin" widerlegt den Kanzler	✓ S. 5

Neue Schäfferiana

(sp) Nachdem der Deutsche Bundestag in der vergangenen Woche einem Vorschlag des Vermittlungsausschusses zugestimmt hat, der vorsieht, daß der Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftssteuer auf 38 Prozent festgesetzt wird - Schäffer forderte 40 - dürften den Inkrafttreten der Kleinen Steuerreform keine Hindernisse mehr entgegenstehen, denn der Bundesrat wird in dieser Woche dieser Regelung, die seinen Vorstellungen entspricht, seine Zustimmung nicht versagen. Damit kann die Kleine Steuerreform in Kraft treten, über die weitere Worte zu verlieren nicht nötig ist, denn es liegt ein bezeichnendes Bekenntnis des Bundesfinanzministers selbst vor. Auf dem Deutschen Handwerkstag in Hamburg, nachzulesen im "Deutschen Handwerksblatt", erste Juni-Ausgabe, Seite 193, erklärte der Bundesfinanzminister wörtlich:

"Aber wem sind die Steuervergünstigungen bisher hauptsächlich zugutegekommen? Doch den hohen Einkommensbeziehern!" Diese Charakterisierung trifft auch auf die Kleine Steuerreform in vollem Umfange zu.

Wesentlicher sind die Bemühungen Schäffers, die 900 Mio M Ausfall an Einnahmen, die die Kleine Steuerreform verursacht, wieder einzubringen. Nachdem die Bemühungen Schäffers, den 40prozentigen Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftssteuer durchzusetzen, mit einer Niederlage des Bundesfinanzministers und auch des Föderalisten Schäffer geendet haben, unternimmt er weitere

Versuche, um das Loch im Etat zu stopfen. So hat er einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der zum Ziel hat, den gesetzlich festgelegten Anteil des Bundes an den Aufwendungen der Länder für die Sowjetzonenflüchtlinge von bisher 85 auf 50 v.H. zu senken.

Schon die Diskussion um einen solchen Gesetzentwurf kann politisch bedenkliche Folgen haben. Das Problem der Sowjetzonenflüchtlinge ist eine gesamtdeutsche Aufgabe. Es muß einheitlich geregelt werden und es darf nicht vorkommen, daß im Angesicht dieser Menschen ein Streit um ca. 80 Mio M ausgetragen wird, der das Loch im Etat ohnehin nicht stopfen kann, aber politisch ein Zehnfaches an Schaden anrichtet. Würde man diese Aufgabe finanziell fast völlig den Ländern überlassen, dann besteht nicht nur Gefahr für die praktische Erhaltung der Rechtseinheit, sondern dann werden auch materielle Differenzierungen in der Behandlung und Unterbringung der Sowjetzonenflüchtlinge eintreten, die durch den Tatbestand der armen und reichen Länder gegeben sind.

Der zweite Vorschlag Schäffers, den Ländern vom Bunde nur ein Drittel ihrer Steuerverwaltungskosten zu ersetzen - bisher erhielten sie 2 v.H. des Aufkommens aus der Umsatz- und Beförderungssteuer und 4 v.H. des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftssteuer - ist wiederum bezeichnend für die grotesken Vorstellungen, die der Bundesfinanzminister vom Föderalismus entwickelt hat. Er brauchte nur der bundeseinheitlichen Finanzverwaltung zuzustimmen, dann gäbe es darüber keinen Streit, und zudem würde 1 Mrd M jährlich in seine Kassen fließen.

Der letzte Anschlag Schäffers richtet sich gegen die Rentenversicherungen, denen Schäffer die gesetzlichen Bundeszuschüsse nur zu 25 Prozent in bar und zu 75 Prozent in mehr oder minder wertlosen Bundes-Schuldverschreibungen zukommen lassen will. Die Koalition hat in dieser Frage nachgegeben und nach der ersten Abstimmungs-niederlage ein neues Initiativgesetz eingebracht, das Schäffer 555 Mio M bringen soll.

Der Bundesfinanzminister hat kürzlich wörtlich erklärt:

"Als der Bundesfinanzminister sein Amt übernahm, hat er sich geschworen, sein Amt nur so lange zu führen, als er vor dem deutschen Sparer bestehen kann".

Nun, die Arbeiter und Angestellten, die ein Leben lang Pflichtbeiträge abführen, sind auch Sparer. Vor ihnen kann er ebenso wenig wie vor den Sowjetzonenflüchtlingen und den wahren Föderalisten bestehen.

Und nach dem Volksfest ... ?

O.R. - Wien, Mitte Juni

Der D 220 fuhr ohne Halten über die Ennsbrücke, in St. Valentin wartete man vergeblich, aber nur ganz kurz, auf die sowjetischen Kontrollposten. Sie kamen nicht. Der Zug setzte seine Fahrt fort. Seit acht Jahren war es noch nie vorgekommen, daß man ohne Identitätsausweis (mit zwölf Rundstempeln, bitte) die Demarkationslinie überschreiten durfte. Man war es bereits gewöhnt und der Entfall der Kontrolle machte manchen Reisenden geradezu unruhig. Erst nach und nach verbreitete sich die Nachricht, die Russen hätten die Barrikaden zwischen West- und Ostösterreich entfernt. Genau eine Stunde vorher war der Landeskommendant des Mühlviertels bei den Posten am Kopf der Nibelungenbrücke erschienen und hatte ihnen den Befehl gegeben, sich zurückzuziehen. Niemand war auf das neue sowjetische "Manöver" vorbereitet. Tausende strömten herbei, um sich zu überzeugen, daß man von einem Stadtteil der oberösterreichischen Metropole in den jenseits der Donau liegenden auch ohne gelben Ausweis (in vier Sprachen, bitte!) gelangen kann. Musikkapellen marschierten auf, die Stadt Linz hisste Fahnen und der Landeshauptmann tanzte mit der Frau Bürgermeister auf der Brücke einen Walzer. Es war ein Freudenfest, wie sich gehört.

Noch viele Wünsche sind allerdings von der östlichen Besatzermacht zu erfüllen. So forderte der sozialistische Innenminister Oskar Helmer das Ende der alliierten Zensurstellen für Post, Telegraph und Telephon, besonders in Wien, ferner die Einschränkung der Macht der Stadtkommandanten in der sowjetischen Zone, wo sich russische Offiziere sowohl in Angelegenheiten der Verwaltung und Rechtsprechung, als auch in das private Leben der Österreicher einschalten. Die USIA-Betriebe, die zu den ärgsten Schädlingen der österreichischen Wirtschaft gehören, in denen man (meist minderwertige) Waren aus den Ostblockstaaten zu Dumpingpreisen kaufen kann, werden wohl früher oder später ein Gesprächsforum zwischen Vertretern Österreichs und Rußlands bilden müssen.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge ist es nicht abwegig, an eine Bereinigung dieser Frage zu denken. Österreich hat erreicht, daß für seine noch in der UdSSR festgehaltenen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten die kürzlich erlassene Amnestie angewendet werde. Seit neuestem verzichten die Russen auch auf den Transportscheinzwang für Waren, die aus der Ostzone nach dem Westen verbracht werden. Und

schließlich willfahrte der Kreml dem österreichischen Wunsche, den beiderseitigen Vertretungen den Rang von Botschaften zu geben. Nach der Ernennung eines zivilen Hochkommissars der UdSSR bedeutet dies einen bedeutsamen Fortschritt. Außenminister Dr. Gruber, der die Milderung des Besatzungsregimes begrüßte, betonte, daß diese durchaus im Zusammenhange mit der gegenwärtigen internationalen Entwicklung stehe. An die Adresse Rußlands richtete er freundliche Worte; er widersprach der Meinung, die sowjetischen Maßnahmen der letzten Tage deuteten eher auf eine Verlängerung der Besetzung als auf ein weiteres Entgekommen Rußlands hin.

Damit gelangt man zum springenden Punkt. Was die Sowjets in den jüngst vergangenen Tagen zahlten, sind längst fällige Schulden. Der große Wechsel, ausgestellt in Moskau am 1. November 1943, ist zehn Jahre überfällig. Auf ihm steht die Verpflichtung, ein unabhängiges Österreich wieder erstehen zu lassen. Die an sich erfreulichen Maßnahmen der Sowjetunion sind noch immer Akte eines Siegers und Besetzers gegenüber dem Besiegten. Die nächste Phase der Entwicklung müßte das Gespräch zwischen zwei souveränen Staaten sein. Dazu sind die diplomatischen Voraussetzungen am 10. Juni durch den Botschafteraustausch geschaffen worden. Jakob Malik hat darauf verzichtet, sich zum 261. Male über den österreichischen Staatsvertrag zu unterhalten; er schlug den diplomatischen Weg vor. Dieser kann nun leicht beschritten werden. Ob dies geschieht, werden wir bald sehen. Die Situation erfordert nunmehr, da andere Möglichkeiten, die Österreich-Frage zu bereinigen, versagt haben, ein klares Ja oder Nein. Wir wollen für Österreich und damit auch für Europa hoffen.

+ + +

Die doppelte Buchführung der Kommunisten

KPD in der Bundesrepublik ist:		In der Sowjetzone ist die SED:
für	höhere Löhne	dagegen
gegen	Akkordarbeit	dafür
für	Streikrecht	dagegen
für	Betriebsräte	dagegen
gegen	Riesengehälter für Leiter in Industrie und Wirtschaft,	dafür
gegen	Aufblähung der Bürokratie	dafür
für	Pressefreiheit	dagegen
gegen	Zwangspflicht	dafür
für	Kritik an Regierungsmaßnahmen	dagegen
für	Kriegsdienstverweigerung	dagegen
gegen	Aufrüstung	dafür
gegen	Truppenübungsplätze für die Besatzungsmacht	dafür
gegen	Reparationen	dafür

+ + +

Bundespresseamt unterstützt Ollenhauer

Vor wenigen Tagen hat der Bundeskanzler den mißlungenen Versuch gemacht, der Öffentlichkeit einreden zu wollen, es gebe Unruhe in Volke, weil man den Eindruck habe, die SPD würde nunmehr das Potsdamer Abkommen akzeptieren. Abgesehen davon, daß der Kanzler sich ausgerechnet am das kommunistische Nachrichtenbüro stützte, glaubte er Beweise für diesen Vorwurf darin zu sehen, daß in Erklärungen und Veröffentlichungen der SPD die Ansicht vertreten wurde, es gebe auch heute noch eine juristische Basis für das Zusammentreffen der vier Besatzungsmächte, nämlich, die Viermächtevereinbarungen des Jahres 1945. Sie seien die einzige Klammer, die Ost- und Westdeutschland juristisch zusammenhalten.

Der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, hat in seinen Er widerungen die Haltlosigkeit dieses Vorwurfs bewiesen, in dem er Teile aus der Erklärung über den Generalvertrag wörtlich zitierte. Zur selben Zeit aber, als Adenauer vor den Tribünen des Parlaments einen allzu billigen Erfolg einheimsen wollte, ging die letzte Ausgabe des englischsprachigen "Bulletins" in Druck (11. Juni). Darin widerlegt ein offizielles, nur für das Ausland bestimmtes Organ der Bundesregierung, ihren höchsten Chef selbst und bestätigt fast in denselben Worten wie der Führer der Opposition die Notwendigkeit, das Potsdamer Abkommen als Ausgangsbasis zu betrachten.

In dem Artikel heißt es, daß die Verhandlungen über den Generalvertrag nicht zur völligen unbehinderten Souveränität der Bundesrepublik führen konnten. "Es wäre auch falsch gewesen, das zu erwarten", denn "ein derartiges Resultat würde eine Provozierung der vierten Besatzungsmacht in Deutschland bedeutet haben". Weiter heißt es, daß es die drei westlichen Besatzungsmächte von Angebinn klar machten, den Konflikt mit der Sowjetunion über die deutsche Frage nicht zuzuspitzen.

"Sie weigerten sich von Anfang an, die Viermächteabkommen von 1945 in ihrer Gesamtheit zu zerreißen und ihre Bestimmungen mit Westdeutschland auf eine ganz neue Basis zu stellen. Die Bundesregierung fand sich mit dieser Meinung ab (acquiesced in this opinion). Sie war auch nicht interessiert, die 1949er Basis der Viermächtebesetzung in Deutschland völlig abzuschaffen. Diese Basis stellt die letzte bleibende Klammer zwischen Ost- und Westdeutschland, Berlin und der Saar dar".

In diesem Stil geht es weiter mit all denselben Argumenten, die in einzelnen aufgeführt werden, welche die sozialdemokratische Partei als Begründung ihrer Haltung vorgebracht hat. - Damit ist die künstliche Aufregung des Kanzlers von seinem eigenen Amt widerlegt worden. - H.P.

Verantwortlich: Peter Raunau